

Tagung „Rettet unsere Industrie“ – Einführung

Einführung

I.

Angeblich gehört die vom Aufkommen der Industrie hervorgebrachte Industriegesellschaft lange schon der Vergangenheit an. Schon im 19. Jh. hatte sie in fortschrittlichen Ländern die Agrargesellschaft abgelöst. Im 20. Jh. wurde sie ihrerseits durch die Dienstleistungsgesellschaft abgelöst, und diese vergeht im 21. Jh. angeblich zugunsten der aufkommenden Wissensgesellschaft.

Gehört also die Industrie einem fast schon versunkenen Zeitalter an, dessen Restbestände die Bewahrung vielleicht gar nicht verdienen?

Natürlich nicht. Die Industrie ist weiterhin der Kern der deutschen Wirtschaft, und Deutschland ist der industrielle Kern der EU. Ginge es mit unserer Industrie zu Ende, so würde die deutsche Wirtschaft nicht länger den deutschen Sozialstaat finanzieren können. Und wäre Deutschland nicht länger das industriegetragene Kraftwerk der EU, so würde diese keine Transferunion mehr sein können und dann – womöglich – entlang der ohne deutsches Befriedungsgeld sich verschärfenden inneren Spannungen zerreißen.

Übrigens hat gerade die Industrie unserem Kontinent seit mehr als zwei Jahrhunderten Wachstum, Wohlstand und Fortschritt gebracht. Sie hat auch weiterhin aufgrund ihres Beitrags zu Wachstum und Wohlstand einen hohen Stellenwert im Wirtschaftsgefüge der Europäischen Union. Tatsächlich stand die europäische Industrie im Jahr 2020, also vor den Sonderbelastungen durch die COVID-Krise und Russlands Krieg gegen die Ukraine, für eine Bruttowertschöpfung von gut 3 Billionen Euro, was nicht weniger als knapp 22 Prozent der gesamten EU-Wertschöpfung sind (Quelle: statista.de, Weltbank). In dieser Rolle generiert Europas Industrie über 80 Prozent der EU-Exporte und bietet rund 32,2 Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Dabei lag im gleichen Jahr, nämlich 2020, der Anteil der deutschen Industrie an der gesamten, vom Verarbeitenden Gewerbe aller 28 EU-Mitgliedsstaaten erwirtschafteten Bruttowertschöpfung bei nicht weniger als 29 Prozent (Quelle: eurostat).

Allein schon diese Zahlen zeigen: Es spricht vieles dafür, unsere Industrie zu retten – falls sie denn bedroht ist.

II.

Ist aber unsere Industrie wirklich bedroht? Gewiss kann man sich damit beruhigen, dass wir immer noch – wie soeben gezeigt – ein sehr starkes Industrieland sind. Doch auch ein kerngesunder Mittvierziger wäre töricht, wenn er nicht für mögliche Krankheitsfälle in

seinen späteren Jahren vorsorgte. Also sollte man es nicht auf die leichte Schulter nehmen, dass Deutschland ohnehin nicht mehr „die Apotheke der Welt“ ist und auch industriell nicht mehr so klar an der Weltspitze steht wie einst das deutsche Kaiserreich.

Schwächungsverläufe sind am Zustand unserer Industrie jedenfalls unverkennbar.

Nicht minder töricht als ein Treibenlassen der Dinge ist jene Haltung, die in den 1970er Jahren der schleswig-holsteinische Spitzenpolitiker und SPD-Linke Jochen Steffen auf die Formel brachte, es gehe darum, zum Zweck eines *sozialstaatlichen* Vorankommens die Grenzen der Belastbarkeit unserer Wirtschaft auszutesten. Tatsächlich verfuhrten die regierenden Sozialdemokraten damals so – und handelten sich Wirtschaftskrisen ein, die erst durch den Wiedervereinigungsboom und später durch die Agenda 2010 überwunden wurden.

Doch tatsächlich sind wir nun aufs Neue dabei, die Grenzen der Belastbarkeit unserer Wirtschaft auszutesten. Diesmal tun wir das zum Zweck eines *klimapolitischen* Vorankommens. Im Bereich des Sozialstaates, für den wir seit vielen Jahren das meiste des in Deutschland erwirtschafteten Geldes ausgeben, machen wir dabei keine Abstriche. Vielmehr öffnen gleichzeitig durch unsere Zuwanderungspolitik den deutschen Sozialstaat für alle, die ihn weltweit in Anspruch nehmen wollen und es als Asylbewerber, Kriegsflüchtlinge oder Arbeitsmigranten ohne vorab in Aussicht stehenden Arbeitsplatz tatsächlich bis nach Deutschland geschafft haben. Obendrein erleben wir, dass steigende Energiepreise nicht nur zu erwünschtem Sparverhalten führen, sondern auch zu nicht wirklich wünschbaren Unternehmensverlagerungen ins Ausland oder zur Einstellung der Geschäftstätigkeit ganzer Unternehmen.

Bedroht das alles aber schon unsere Industrie so weit, dass sie gerettet werden müsste? – Die Antwort wird umso klarer, je näher wir unsere fünf umsatzstärksten und somit für das Gemeinwohl besonders folgenreichen Industriebranchen betrachten. Das sind ...

- die Automobilindustrie mit rund 439 Milliarden Euro Umsatz im Jahr 2020. Von dieser verlangen wir aus klimapolitischen Gründen eine völlige Umstellung auf E-Mobilität, obwohl wir auf vermutlich für lange Zeit ein Problem damit haben werden, im erforderlichen Umfang und mit ausreichender Versorgungssicherheit bei erträglichen Preisen das erforderliche Stromaufkommen für die sich dann drastisch vermehrenden Endverbraucher aufzubringen. Von den gigantischen zusätzlichen Strombedürfnissen unserer noch viel weiter zu digitalisierenden Gesellschaft ist da noch gar keine Rede.
- Da ist der Maschinenbau mit rund 257 Milliarden Euro Umsatz, seinerseits weiterhin ein Glanzstück deutscher Technikkunst. Allerdings müssen wir uns besser um deren Grundlagen kümmern, beginnend mit besserer Schulbildung in den einschlägigen Fächern und der Sicherung von Nachwuchs für die einschlägigen Studiengänge.
- Da ist die chemisch-pharmazeutische Industrie mit knapp 199 Milliarden Euro Umsatz, die ihrerseits nicht nur viel Strom, sondern auch – aus stofflichen Gründen – viel Erdöl, Erdgas oder Kohle braucht, deren Förderung und Nutzung allenthalben um umwelt- und klimapolitischer Ziele willen eingeschränkt wird, ja auch weiter eingeschränkt werden soll.

- Da ist die Ernährungsindustrie mit gut 185 Milliarden Euro Umsatz pro Jahr, der wir aus ökologischen und tierethischen Gründen ebenfalls zusetzen.
- Und das ist die Elektrotechnikbranche mit knapp 182 Milliarden Euro, bei der wir vielfach ohne die anderswo gefertigten Vor- oder Teilprodukte gar nicht mehr auskommen. Pandemiezeiten und Kriegszeiten haben aber gezeigt, dass – bei allen Vorteilen der Globalisierung – die Lieferketten aber auch nicht überspannt oder monopolistisch ausgestaltet werden sollten.

Ob die Lage in jenen Schlüsselbranchen inzwischen so schlimm ist, dass die dortige Industrie regelrecht „gerettet“ werden muss, werden uns die Vorträge dieses Nachmittags zeigen. Beim einen werden sie dabei Beifall, beim anderen Widerspruchslust bewirken. Wenn die Reaktionen wirklich so unterschiedlich ausfielen, wäre das auch gut so, denn vor allem im Streit zwischen konkurrierenden Positionen erkennt man die Stärken und Schwächen dessen, was da jeweils vertreten wird, und kann man die eigene Wirklichkeitswahrnehmung der tatsächlichen Beschaffenheit jener Wirklichkeit annähern, die nun einmal besteht, und die – sozusagen – ziemlich hart zurückschlägt, wenn sie falsch behandelt wird.

III.

Natürlich braucht es zur Verbesserung der Rahmenbedingungen unserer Industrie nicht nur die Einsichten von Analytikern und Politikern sowie die Handlungsbereitschaft von Arbeitgebern, sondern auch das Mitmachen von Arbeitnehmern. Deshalb haben die Veranstalter dieser Tagung auch Yasmin Fahimi eingeladen, die Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Sie hat die Einladung zunächst angenommen, dann aber – nach einem Blick auf die Rednerliste – ihre Zusage zurückgezogen. Mit den Herren Tichy, Lee und Patzelt wolle sie nämlich nicht aufs gleiche Podium, und zwar aufgrund der von diesen Leuten vertretenen gesellschaftspolitischen Aussagen.

Natürlich kann ich hier nur für mich selbst sprechen – und nutze das auch, um meine gesellschaftspolitischen Aussagen in verdichteter Form offenzulegen. Ich bin für eine Gesellschaftspolitik, die hinwirkt auf eine gerechte Ordnung für alle länger im Land Lebenden, die unter anderem Chancengerechtigkeit, Generationengerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit hervorbringt, in der umfassend Nachhaltigkeit praktiziert wird, und in der es vielerlei Einsatz für das Gemeinwohl gibt. Diese Gesellschaft soll eine soziale Marktwirtschaft haben und sich nach den Grundsätzen pluralistischer Demokratie parlamentarisch regieren.

So klar, so einfach und wohl auch für den Großteil unserer Bevölkerung einleuchtend sind also die von mir vertretenen gesellschaftspolitischen Positionen. Leicht können Sie alle nun bis zum bis zum ersten Fachvortrag des Nachmittags darüber nachdenken, was denn an solchen gesellschaftspolitischen Vorstellungen überhaupt kritikwürdig wäre – und von welcher Art von Verschrobenheit es wohl zeugen mag, wenn jemand wegen solcher Positionen nicht mit mir auf ein Veranstaltungspodium mag. Gutes Gelingen beim Nachdenken darüber, und insgesamt vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!